

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
2. Tagung des 5. Landesparteitages
09.01.2016, Wyndham Garden Hotel, Gägelow bei Wismar

Beschluss

Aus Liebe zu M-V – Eckpunkte für die Landtagswahl 2016

Mit unserem November-Landesparteitag in Pasewalk haben wir nochmals deutlich gemacht: DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern kann und will mehr Verantwortung für unser Land übernehmen. Mit unserem Beschluss „Aus Liebe zu M-V“ haben wir die Themen definiert, denen wir uns besonders widmen müssen, um dem Land und seinen Menschen eine bessere Zukunft in einer inklusiven Gesellschaft zu eröffnen. Mehr soziale Gerechtigkeit, gleichwertige Lebensverhältnisse und die Stärkung der Demokratie rücken wir in den Vordergrund und untersetzen sie mit folgenden programmatischen Eckpunkten:

Soziale Gerechtigkeit ist für uns nicht nur Teil von Wahlkampfreden. DIE LINKE fordert wirksame Maßnahmen, um die Spaltung in arm und reich zu unterbinden. Dazu gehört, allen gleichberechtigt Zukunftschancen durch ein ausfinanziertes und wohnortnahes Bildungs- und Ausbildungssystem zu eröffnen. Kinder und Jugendliche brauchen mehr Zeit zum Lernen. Deswegen wollen wir eine 10jährige Schulpflicht einführen. Die Bildung im Grundschulbereich ist durch eine zusätzliche Deutsch- und eine zusätzliche Mathematikstunde in der Woche, in jeder Klassenstufe zu verbessern, ohne den Stundenumfang anderer Fächer zu kürzen.

Die Entwicklungsperspektiven von Kindern werden immer noch zu stark durch die finanzielle Situation im Elternhaus geprägt. Wir wollen aktiv gegen Kinder- und Familienarmut vorgehen. An einem Runden Tisch gegen Kinderarmut werden wir Maßnahmen verabreden, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu verbessern. Dazu gehört der uneingeschränkte Zugang zu einem Ganztagesplatz in der Kita, der langfristig kostenlos und wohnortnah vom ersten Jahr an gewährleistet werden muss. Kurzfristig ist die Ausstattung mit Fachkräften in der Krippe und im Hort zu verbessern.

Eine steigende Beschäftigungsquote allein löst noch keine sozialen Probleme. DIE LINKE will gute Arbeit stärken, indem Tariflöhne ausgeweitet werden und prekäre Beschäftigung zurückgedrängt wird. Allen Arbeitslosen, unabhängig von ihrer Herkunft, müssen angemessene Qualifizierungsangebote unterbreitet werden, um somit einen frühestmöglichen Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten. Für diejenigen, die auf dem sog. ersten Arbeitsmarkt keine Chance erhalten, sind Angebote öffentlich geförderter Beschäftigung zu machen. Insbesondere Alleinerziehende wollen wir unterstützen. Mecklenburg-Vorpommern wird, ausgehend von einer integrierten Sozialberichterstattung, ein Programm zur Bekämpfung von Armut aufstellen und umsetzen. Unser Ziel ist es, dass einkommensschwache Haushalte für angemessenen Wohnraum nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für Wohnkosten aufwenden müssen. Dazu ist auch der soziale, barrierefreie und energieeffiziente Wohnungsbau auch im Bestand wieder wirksam zu fördern.

Den Rentnerinnen und Rentnern wird seit Jahrzehnten Gerechtigkeit verweigert. Die LINKE fordert die unverzügliche Herstellung von Rentengerechtigkeit in Ost und West.

Die **Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, vom Westen bis zum Osten**, ist nicht nur Auftrag an die Bundespolitik. Auch in Mecklenburg-Vorpommern bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Landesteilen, dem Küsten- und Binnenland sowie Stadt und Land, die es abzubauen gilt. Die Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen wollen wir in der Landesverfassung verankern. Bei der praktischen Umsetzung soll ein „Regionalbudget für

Strukturentwicklung“ helfen. Damit erhielten die Kommunen in den von der Raumplanung ausgemachten „Ländlichen Gestaltungsräumen“ finanzielle Unterstützung für ihren besonderen Bedarf. Hierfür wollen wir 50 Millionen Euro jährlich für zusätzliche Investitionen zur Verfügung stellen. Überall im Land sollen die Kommunen handlungsfähig sein. Dafür brauchen sie eine auskömmliche Finanzausstattung, die sich an den Aufgaben der Städte, Gemeinden und Kreise orientiert. Zudem wollen wir eine kommunale Investitionspauschale wieder einführen, damit Kommunen mehr investieren und instand setzen können.

Gute Arbeitsperspektiven in allen Teilen unseres Landes hängen nicht zuletzt von Investitionen in Innovationen, von neuen Technologien und von neuen Produkten ab. Diese wollen wir u.a. durch eine enge Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft fördern und kleine und mittlere Unternehmen intensiv unterstützen. Ein besonderes Augenmerk richten wir auf die maritime Industrie, die für uns eine industrielle Schlüsselbranche ist.

In den ländlichen Räumen ist die Agrar- und Ernährungswirtschaft der wirtschaftliche Kern. Um diese zu sichern, lehnen wir die Bodenprivatisierung zugunsten des Höchstbietenden ab. Agrarflächen im Landesbesitz sollen an in Mecklenburg-Vorpommern ansässige und produzierende Landwirtschaftsbetriebe langfristig verpachtet werden. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien erschließen gerade ländliche Räume neue Einnahmen. Die Menschen vor Ort und die Kommunen müssen davon einen direkten Nutzen haben.

Wirtschaftsförderung wird nur funktionieren, wenn eine in allen Orten gute Infrastruktur vorhanden ist. Der Ausbau der Breitbandinfrastruktur muss zur größten Zukunftsinvestition werden. Ihr Ausbau muss flächendeckend, in mindestens 50 Mbit/s-Geschwindigkeit bei der Investitionsplanung des Landes Priorität haben. Dazu gehören auch für jeden nutzbare und nicht-kommerzielle WLAN-Zugänge in den touristischen Hotspots und den Ober- und Mittelzentren unseres Landes. Ein landesweit geltender integrierter Verkehrsplan soll überall im Land barrierefreie Mobilität mit dem Öffentlichen Personennahverkehr sicherstellen.

Gleichwertige Lebensverhältnisse werden nicht zuletzt an einer guten sozialen Versorgung und chancengleicher Teilhabe aller an Angeboten des Breitensports gemessen. Wir fordern die Stärkung der wohnortnahen ambulanten ärztlichen Versorgung u.a. durch die Einrichtung von Polikliniken/Medizinischen Versorgungszentren und ein flächendeckendes Netz an Krankenhausstandorten. Gesundheitsversorgung und Gesundheitswirtschaft müssen und können sich ergänzen. Die Ausbildung und Beschäftigung von 2.500 zusätzlichen Pflegefachkräften in den nächsten fünf Jahren schafft in allen Teilen unseres Landes neue Beschäftigungsperspektiven für die Jungen und eine gesicherte Versorgung für die Alten.

In Mecklenburg-Vorpommern ist die **Demokratie zu stärken**. Zur Demokratie gehört für uns, dass aus Betroffenen Beteiligte gemacht werden. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sollen in allen Angelegenheiten gehört, ihre Meinung berücksichtigt und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden. Dazu sind die direktdemokratischen Instrumente auszubauen, die Quoren für Volksentscheide abzusenken, das Petitionsrecht und Mitbestimmungsrechte bei Gesetzesvorhaben zu erweitern. Wir setzen uns für die Einführung des Wahlalters von 16 Jahren bei Bundestags- und Landtagswahlen ein.

Eine demokratische Gesellschaft ist eine kulturvolle Gesellschaft. Wir wollen ein Kulturfördergesetz durchsetzen mit dem Kulturförderung berechenbar, verlässlich und nachhaltig wird. Die Angebote der Theater- und Orchesterlandschaft sind zu sichern. Dies gilt insbesondere für die Sparten Tanz und Musiktheater, die gegenwärtig massiv in ihrer Existenz bedroht sind. Ihre Förderung soll nach nunmehr über 20 Jahren jährlich angepasst werden.

Die persönliche und öffentliche Sicherheit muss garantiert werden. Dazu bedarf es einer angemessenen und aufgabenbezogenen Personalausstattung bei der Polizei. Minderheitenrechte und die Vielfalt von individuellen Lebensentwürfen sind zu unterstützen. Das Grundrecht auf Asyl ist uneingeschränkt durchzusetzen. Allen, die unsere demokratische und tolerante Gesellschaft in Frage stellen, treten wir offensiv entgegen. Auch das verstehen wir als aktive Willkommenskultur.

Durch den Beschluss der Eckpunkte für die Landtagswahl 2016 ergeben sich für die Aufstellung des Wahlprogramms verbindliche Kernthemen.

Diese drei wesentlichen Themenfelder (soziale Gerechtigkeit, Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, Stärkung der Demokratie) sollen jeweils durch weitere, noch zuzuordnende Politik- bzw. Themenfelder untersetzt werden. Die somit entstehende Grobgliederung eines zukünftigen Wahlprogramms dient den Kreisverbänden als Gestaltungs- und Orientierungshilfe bei der Erarbeitung ihrer schriftlichen Zuarbeiten für das Wahlprogramm. Der Landesvorstand soll bis zum 22.02.2016 eine grobe Gliederung des zukünftigen Programms an die Kreisvorstände übermitteln. Zuvor können die Kreisvorstände bis zum 15.02.2016 bereits Vorschläge für Politik- und Themenfelder unterbreiten.

Nach der Zusendung der durch den Landesvorstand erarbeiteten Arbeitsgrundlage widmen sich die Strukturen der Partei DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern der inhaltlichen Ausarbeitung und Untersetzung des Wahlprogrammmentwurfes. Die Kreisvorstände und Landesarbeitsgemeinschaften initiieren und organisieren die Diskussionen über einzelne oder mehrere Themenfelder. Arbeitsgruppen, Konferenzen, Gespräche mit Experten oder Werkstätten/Workshops können beispielsweise geeignete Mittel sein.

Schriftliche Zuarbeiten, die Probleme benennen und Lösungsvorschläge beinhalten sollten, werden prinzipiell als Vorschläge behandelt. Sie müssen bis zum 22.03.2016 an den Landesvorstand gesendet werden. Anschließend erfolgt auf Grundlage aller Einsendungen die Erarbeitung eines Wahlprogrammmentwurfes.